

Wenn die Einwanderung so weitergeht, könnten 2020 bis zu 20 Millionen Muslime hier leben – in einem Land, das dem heutigen wenig ähnelt

Wollen wir das?

Ein Alarmruf von Uwe Brandl

Deutschland 2030: Wie wird dieses Land aussehen? Auch ohne hellseherische Fähigkeiten wird man schon heute einräumen müssen: Es wird ein fundamental anderes Deutschland sein. Mit einem apodiktischen „Wir schaffen das“ hat Frau Merkel einer ganzen Gesellschaft ihre eigene Suggestion eines künftigen Deutschland aufgezwängt. Sie hat sich nicht ansatzweise der Mühe unterworfen zu fragen, ob diese ihre Vision von der Bevölkerung mitgetragen und akzeptiert wird. Sie hat unumkehrbare Entwicklungen in Gang gesetzt und dabei geltendes Recht und Verfassungsrecht hintangestellt.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung wird nur sehr schwer mit diesem „Anderssein“ zurechtkommen. Dies gilt für diejenigen, die heute hier leben, ebenso wie für die, die neu in Deutschland sind.

Vor der Prognose ein kurzer Blick zurück. Holz-schnittartig verknappt, führte der Arabische Frühling ab dem Jahr 2010 zu einer anhaltenden politischen Destabilisierung in Nord-



Kommunalpolitiker

Uwe Brandl, 56,

ist Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. Der CSU-Politiker und promovierte Jurist arbeitet als Bürgermeister der niederbayerischen Stadt Abensberg. 2007 erhielt er das Bundesverdienstkreuz.

afrika und dem Nahen Osten. Ob die dafür verantwortlichen Großmächte die Fragilität der neuen politischen Strukturen im Sinne ihrer neohegemonialen Bestrebungen bewusst in Kauf nehmen und nehmen, kann dahinstehen. Resultat der neuen Strukturen sind nicht Demokratie und Freiheit, sondern Gewalt und Terror, bei dem auch religiöse Überzeugung als Rechtfertigung zweckentfremdet wird.

Die Bevölkerung wächst in den Entwicklungs- und Schwellenländern überproportional, der Klimawandel erzeugt Wasser- und Nahrungsmittelknappheit. Die digital vernetzte Welt zeigt den Menschen, dass nicht überall Elend und Krieg herrschen. Das organisierte Verbrechen definiert einen neuen Markt, der Menschenhandel heißt. Ein Konglomerat aus Machtstreben, religiösem Fanatismus, Geschäftemacherei und Selbsterhaltungstrieb verursacht eine moderne Völkerwanderung. Das Ziel heißt Deutschland, dessen Politik der unbegrenzt offenen Arme im diametralen Gegensatz zur nationalen Verkap-selung der EU-Staaten steht.

Nahezu 1,5 Millionen Menschen sind 2015 in die Bundesrepublik gekommen. Die Zahl derjenigen, die zurückkehren wollen oder müssen, ist gering. Hinter vorgehaltener Hand geht man von 1,3 Millionen aus, die dauerhaft in der Bundesrepublik bleiben. Viele werden ihre Familien nachholen. Unterstellt man nur durchschnittlich einen Nachzug von vier Personen, generiert ein Fluchtjahr wie 2015 mittelfristig rund fünf Millionen Neubürger. Die amtlichen Statistiken weisen dabei bei steigender Tendenz einen Anteil von rund 64 Prozent Muslimen aus.

Damit kann sich, bezogen nur auf das eine Fluchtjahr 2015, der muslimische Bevölkerungsanteil in der Bundesrepublik auf nahezu zehn Prozent verdoppeln. Die wesentlich höhere Geburtenrate von 3,1 Kindern pro Frau und das Versagen der Politik bei der Bekämpfung der Fluchtursachen werden den Proporz innerhalb kurzer Zeit vervielfachen. Schon bis 2020 ist bei gleichen Zugangszahlen wie 2015 und der zu erwartenden Familienzusammenführung ein Bevölkerungsanteil von bis

Foto: Thomas Grabba/laif Illustration: Suki Bamboe für FOCUS-Magazin



zu 20 Millionen Menschen mit muslimischer Religionszugehörigkeit denkbar; ein Bevölkerungsanteil von 20 bis 25 Prozent.

Wer bei solchen Zahlen zusammenzuckt, dem werden kurz, aber kräftig die Verfassung, Menschenwürde, Asylrecht, Glaubensfreiheit und die Lösung der demografischen Probleme um die Ohren gehauen.

Ja, Integration ist nötig, mehr, als wir vielleicht ahnen. Ob der Islam wirklich der größte Hemmschuh der Integration ist, wie Heinz Buschkowsky in seinem Buch „Die andere Gesellschaft“ behauptet, kann dahinstehen. Fakt ist, dass die Integration bei der bisherigen Zuwanderung, die in wesentlich bescheideneren Umfängen ablief, alles andere als gelungen ist. Sub- und Parallelkulturen, Ghettos in deutschen Großstädten sind Realität. Neukölln steht als Pars pro Toto. 36 Prozent aller Muslime in Deutschland bezeichnen sich als streng gläubig, weitere 50 Prozent als eher gläubig. Solange die Scharia als gottgegebenes

Ein ganzes Land als Integrationslabor

Eine Schulklasse in Berlin-Neukölln: Der dortige SPD-Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky hatte das Projekt Integration bereits vor der Masseneinwanderung für gescheitert erklärt – aber auch bevor Frau Merkel die geflügelten Worte „Wir schaffen das!“ sprach. Beziehungsweise: Nun seht mal zu, wie ihr das schafft.

(dabei höchst unterschiedlich interpretiertes) und strikt zu befolgendes Recht das Leben des gläubigen Muslim prägt, wird es schwierig bis unmöglich sein zu vermitteln, dass das weltliche Gesetz der neuen Heimat überall und auch in den eigenen vier Wänden gilt.

Die Gefahr besteht, dass die Integration weniger den Neuen als uns selbst abverlangt wird. Unsere Verfassung und vor allem unser Verfassungsverständnis sind in höchstem Maße volatil und den gesellschaftlichen Veränderungen ausgesetzt, wie etwa die divergierenden Urteile des Bundesverwaltungsgerichts von 1995 und des Bundesverfassungsgerichts von 2002 zum Schächten von Tieren belegen. Die Vorstellung, dass Zwangsehen oder die Beschneidung von Mädchen unter neuer Interpretation von Artikel 4 GG als Ausdruck religiöser Überzeugung gerechtfertigt sein könnten, lässt mich schauern. Das Verlangen nach eigenen Schulen wird eine nicht abweisbare Forderung der muslimischen Mitbürger sein. Wie realistisch die Gefahr ist, dass religiös

geprägte Bildungsstätten, unter verfassungsrechtlich gebotener Duldung des Staates dann doch unterrichten, die göttlichen Regeln besäßen weit mehr Geltung als staatliches Recht, mag jeder für sich beurteilen.

Soziologische Untersuchungen belegen, dass sich die Neuankömmlinge bevorzugt dorthin orientieren, wo es bereits viele gibt, deren Lebensgewohnheiten ihren eigenen entsprechen. Die neuen Agglomerationspunkte der Migration werden sich in den Ballungsräumen befinden. Dort ist es nicht nötig, sich dem neuen Lebensumfeld anzupassen, ja nicht einmal, die neue Sprache zu sprechen. So wird die Parallelgesellschaft Realität. Der Weg durch die politischen Instanzen ist nur eine Frage von eineinhalb Generationen. Die Chance, in absehbarer Zeit kraft Wählerpotenzials legislativ mitzugestalten, im eigenen, auch religiösen Kontext, ist greifbar hoch. Die Angst der Menschen, vor allem der jüdischen Mitbürger, vor einem missionierenden Islamismus im Herzen Europas, der mit zunehmender Zahl an gläubigen Muslimen wahrscheinlicher wird, ist nachvollziehbar.

Wenn wir nicht wollen, dass es zu einer epochalen Veränderung unserer freiheitlichen Werteordnung abendländischer Prägung kommt, müssen wir vermitteln, dass Freiheit und Demokratie unantastbar sind, und die Einwanderung so beschränken, dass Integration tatsächlich stattfinden kann. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass jeder sein Gast- und Bleiberecht sofort und unwiderruflich verwirkt, der unsere Werteordnung nicht respektiert. ■